

Auer Tageblatt

Belegungen werden bis Samstag
und für Anzeigen bis Donnerstag
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Jahrespreis — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen werden bis Samstag
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Jahrespreis — Anschlag Nr. 53.

Verleger: Auer Verlag Erzgebirge. Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 116

Freitag, den 20. Mai 1932

27. Jahrgang

Schwierigkeiten bei der Ministerfunde

Noch keine Beschlüsse der Reichsregierung — Abwartende Haltung Schleichers und Goerdelers — Entscheidung erst nach der Klärung in Preußen

Berlin, 18. Mai. Die Arbeiten des Reichskabinetts gestalten sich von Tag zu Tag schwieriger, so daß mit einem Abschluß der Beratungen vor Ende des Monats in unterrichteten Kreisen kaum noch gerechnet wird. Zugleich wird aber an maßgebender Stelle betont, daß die schwebenden Personalfragen nicht vor dem Abschluß der sachlichen Arbeiten der Regierung entschieden werden sollen. Daraus ergeben sich recht interessante Aussichten auf die Gestaltung der gesamtpolitischen Lage im Monat Juni. Wenn der Reichshaushaltsplan mit den dazugehörigen besonders schwierigen Finanzierungsfragen für die Erwerbslosenfürsorge erst gegen Ende Mai vom Kabinett verabschiedet werden kann, und wenn der Reichsrat sich auf den Standpunkt stellt (wie es bereits geschehen ist), daß er mit der Durchberatung des Etats erst beginnen will, wenn ihm das gesamte Werk einheitlich vorliegt, so wird der Reichsrat vermutlich die ersten vierzehn Tage des Monats Juni brauchen, und an einem Zusammentritt des Reichstages an dem vorläufig in Aussicht genommenen 8. Juni wäre nicht mehr zu denken. Dann würde die von uns schon in der vorigen Woche ange deutete Wahrscheinlichkeit wieder in den Vordergrund treten, daß der Reichstag von der Konferenz von Lausanne sich überhaupt nicht mehr verlammet. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Regierung an einer solchen Entwicklung ein erhebliches Interesse haben kann. Nur wird es dann andererseits sehr fraglich, ob der Haushaltsplan überhaupt noch vor dem 1. Juli parlamentarisch verabschiedet werden kann, oder ob die Notwendigkeit einer kurzfristigen Verlängerung des jetzigen Etats sich noch einmal ergibt.

Soweit die Personalfragen in Betracht kommen, also vor allem die Ernennung Dr. Goerdelers zum Wirtschaftsminister und des Generals v. Schleicher zum Reichswehrminister, so verdichtet sich immer mehr der Eindruck, daß diese beiden Politiker nicht genommen sind, Ministerämter zu übernehmen, bevor nicht einigermaßen feststeht, daß das Kabinett Brüning sowohl im Hinblick auf die Lösung des Finanzproblems als auch im Hinblick auf die Gestaltung der Koalitionsverhältnisse in Preußen einige Garantien für eine sichere dauernde Existenz besitzt. Andererseits muß aber dem Kanzler daran gelegen sein, schon vor der Konferenz von Lausanne wieder ein vollständiges und aktionsfähiges Kabinett zu besitzen. Dem Reichspräsidenten wird nach dem Abschluß der jetzigen schwierigen Sachberatungen des Kabinetts Bericht erstattet werden, und erst dann

beabsichtigt der Reichspräsident, die in Aussicht stehenden Ernennungen zu vollziehen. Das wird demnach möglicherweise erst nach der Rückkehr Hindenburgs nach Berlin geschehen. Inzwischen wird dem Reichspräsidenten der übliche Vortrag durch Staatssekretär Weizsäcker in Neubred erstatlet werden. Dabei wird es sich aber nur um einen Zwischenbericht handeln. Im allgemeinen gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß alle wichtigen Beschlüsse in der Reichspolitik nicht vor der Klärung der Lage in Preußen zu erwarten sind.

Erst Abschluß der sachlichen Arbeit, dann Ergänzung des Kabinetts

Berlin, 18. Mai. Zu den zahlreichen Erörterungen und Kombinationen in den gestrigen und heutigen Wärdern über die Kabinettsberatungen und die Befehung der freien Ministerien sowie die Besprechungen, die der Kanzler gehabt hat, wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Reichskanzler Brüning die feste Absicht hat, erst die anstehenden sachlichen Aufgaben zu lösen und dann erst die Ergänzung des Kabinetts vorzunehmen. Vor allem muß der Etat erledigt und die verschiedenen dringenden sozialpolitischen Fragen, wie Arbeitslosenfrage, Siedelung und Arbeitsdienstfrage, abgeschlossen werden. Wenn in der Presse an den gestrigen Empfang des Generals v. Schleicher und des Leipziger Oberbürgermeisters Goerdeler beim Reichskanzler Schlußfolgerungen über die Befehung der freien Ministerien gezogen worden sind, so wird demgegenüber von unterrichteter Seite betont, daß gestern nicht mit einem Wort von einem Wechsel gesprochen wurde. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß der Reichskanzler auch mit dem Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium Föhlung nimmt. Den gestrigen Besprechungen des Kanzlers werden außerdem in den nächsten Tagen noch eine ganze Reihe weiterer Empfänge folgen. Nach Abschluß der sachlichen Arbeiten im Reichskabinett wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstatten und bei dieser Gelegenheit — aber auch erst dann — naturgemäß auch die Personalfrage erörtern.

Vertreter der Gewerkschaften beim Reichskanzler

Berlin, 18. Mai. Im Anschluß an die heutige Kabinettsitzung empfing der Reichskanzler im Beisein der zuständigen Ressortminister Vertreter der Gewerkschaften zu einer längeren Aussprache.

Der deutsche Außenhandel im April 1932

Berlin, 18. Mai. Im April 1932 war die deutsche Einfuhr mit 427 Millionen RM wertmäßig um 60 Millionen RM, das heißt um 17 Prozent höher als im März d. J. Mengermäßig betrug die Einfuhr sogar auf mehr als 90 Prozent. Bei diesem Ansteigen der Einfuhr, das fast ausschließlich durch die unverhältnismäßig starke Schrumpfung der Warenbestände im Vormonat die Erhöhung der Einfuhr einfließt im wesentlichen auf Lebensmittel und Rohstoffe (plus 80 bzw. plus 32 Millionen RM), während sich die Fertigwareneinfuhr kaum verändert hat. Die Ausfuhr belief sich im April auf 472 Millionen RM; hinzu kommen Reparationsgüterlieferungen im Betrage von 9 (im Vormonat 11) Millionen RM. Gegenüber März ist die Gesamtausfuhr somit um 46 Millionen RM gestiegen. Dieser Rückgang ist nur zu einem kleinen Teil durch die weitere Senkung der Preise zu erklären; überwiegend handelt es sich bei dieser wertmäßigen Abnahme um eine Schrumpfung der Ausfuhrmengen. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt ausschließlich auf Fertigwaren, deren Ausfuhrwert um fast 11 Prozent unter dem Stand des Vormonats liegt. Die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen hat sich etwa auf Vormonatshöhe gehalten. In der Entwicklung der Gesamtausfuhr war vor allem die rückgängige Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland entscheidend.

Die Handelsbilanz schließt im April mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 45 (März 182) Millionen RM ab. Einflußlich auf den Reparationsgüterüberschuß belief sich der Ausfuhrüberschuß auf 54 Millionen RM.

Reichsbank am 14. Mai 1932

Berlin, 18. Mai. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. Mai 1932 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 149,2 Millionen auf 3479 Millionen RM verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 136,9 Millionen auf 3008,8 Millionen RM, die Lombardbestände um 8,6 Millionen auf 102,4 Millionen RM und die Bestände an Reichsbankwechseln um 3,8 Millionen auf 6,2 Millionen RM abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 71,7 Millionen RM in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 67,9 Millionen auf 3922,9 Millionen RM, derjenige an Rentenbankscheinen um 3,8 Millionen auf 402,5 Millionen RM verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 24,6 Millionen RM erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 353,9 Millionen RM eine Abnahme um 8,9 Millionen.

Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 6,3 Millionen auf 990,7 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,4 Millionen auf 851,5 Millionen RM und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 5,9 Millionen auf 139,2 Millionen RM zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 25,3 Prozent gegen 24,7 Prozent in der Vorwoche.

Lehrerschaft und politische Parteien

Wostok, 18. Mai. Der Deutsche Lehrerverein nahm nach einer ausgedehnten Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß der Deutsche Lehrerverein fast reslos hinter der Reichsverfassung stehe, eine Entschließung an, in der alle Kreise eindringlich zum Schutze der Jugend, insbesondere auch gegen deren politische Verführung, aufgefordert werden, ferner der Ausbau der Schule sowie das Höchstmaß von erzieherischer Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht gefordert wird. Es sei Pflicht des Staates, alle erzieherischen Kräfte zu wecken und zu stärken. Der Deutsche Lehrerverein bekenne sich zu dem auf der Gleichberechtigung und der staatsbürgerlichen Mündigkeit aller Volksgenossen beruhenden Volksstaat.

Die deutsche Lehrerschaft zur Junglehrerfrage

Wostok, 18. Mai. Wegen Schluß seiner diesjährigen Vertreterversammlung befaßte sich der Deutsche Lehrerverein mit der Junglehrerfrage. Nach dem Vortrag eines Vertreters der Junglehrerschaft wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der erneut gefordert wird, die für die Schuljugend unseres Volkes notwendigen und wertvollen Kräfte des Junglehrergeschlechts nicht länger brachliegen zu lassen.

Im Jahre 1933 wird die Vertreterversammlung des

Das Genfer „Abrüstungs-Theater“

Entwaffnung nur für die Abgerüsteten

Genf, 18. Mai. Der Luftfahrtauschuss der Abrüstungskonferenz hat heute mit der Diskussion der Frage begonnen, ob und welche Luftwaffen im Sinne der vom Hauptauschuss aufgestellten Direktive in die quantitative Abrüstung einbezogen werden sollen.

In einer viel beachteten Erklärung brachte der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, zu Beginn der Sitzung nochmals den deutschen Standpunkt zum Ausdruck. Er erklärte, daß der aus dem Unterausschuß hervorgegangene Vorschlag nach deutscher Auffassung nicht weit genug gehe. Erstens beantwortete dieser Bericht nicht eindeutig die wichtige Frage, welche Luftwaffen besonderen Offensivcharakter hätten. Ferner trage der Bericht des Unterausschusses nicht den besonderen Verhältnissen Rechnung, die in den Ländern bestehen, die über keine militärischen Luftwaffen verfügen, sondern nur von der Erde aus verfügen. Hier liege ein grundsätzlicher technischer Unterschied vor. Der deutsche Vertreter wies auf den Versailler Vertrag hin, der als Ausdruck einer allgemeinen Abrüstung die völlige Beseitigung der gesamten Militärflugkraft zu Lande und zu Wasser einzwang habe. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse die gesamte Militärflugkraft unterschiedslos als besonders offensiv die nationale Verteidigung bedrohend und die Zivilbevölkerung gefährdend namhaft gemacht werden. Der Redner ging zum Schluß seiner von dem Ausschuss mit größter Aufmerksamkeit angehörrten Ausführungen auf den Unterschied zwischen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen ein und erklärte, daß für die Unterzeichnung der Abrüstung die besten Aufgabe die Frage entscheidend ins Gewicht falle, welche Waffen dem Lande besonders wirksam gegenkommen, das einen politischen Angriffswaffen habe. Unter Berücksichtigung der Lage der Länder ohne Luftwaffen müsse die gesamte Militärflugkraft als besonders bedrohliche Angriffswaffe empfunden werden.

Der deutsche Antrag abgelehnt

Genf, 18. Mai. An die Ausführungen des deutschen Vertreters im Luftfahrtauschuss schloß sich eine längere Debatte an, die damit endete, daß Ministerialdirektor Brandenburg den Antrag stellte, über den deutschen Antrag abzustimmen, der die gesamte militärische Luftfahrt und den Abwurf von Kampfmitteln aus Flugzeugen als besonders offensiv bezeichnet. Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Für den deutschen Antrag haben Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Rußland, China und die Türkei gestimmt.

Einberufung des Reichstags abgelehnt

Berlin, 18. Mai. Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte beantragt, den Reichstag zur Einberufung der noch ausstehenden Bestimmungen, insbesondere über die Militärwesensträger gegen einzelne Minister, für den 19. Mai einzuberufen. Vom Reichstagsbüro ist der kommunistischen Fraktion jetzt mitgeteilt worden, daß nach den Berechnungen des Büros nicht das für die Einberufung des Reichstags in einer Sessionspause erforderliche Drittel aller Abgeordneten hinter diesem Antrag stehe, so daß der Antrag als abgelehnt gelten müsse, selbst wenn man das Urteil des Staatsgerichtshofes für die Einberufung des preussischen Landtages zugrunde lege.